

Projekt „Gute Erwerbsbiographien“

Falko Trischler, Ernst Kistler

Arbeitspapier 5: Erwerbsverläufe und Alterseinkünfte im Paar- und Haushaltskontext

Die Wandlung von Erwerbsbiographien der Beschäftigten auch im Haushaltskontext

Kurzfassung

Erwerbsverläufe im Paarkontext

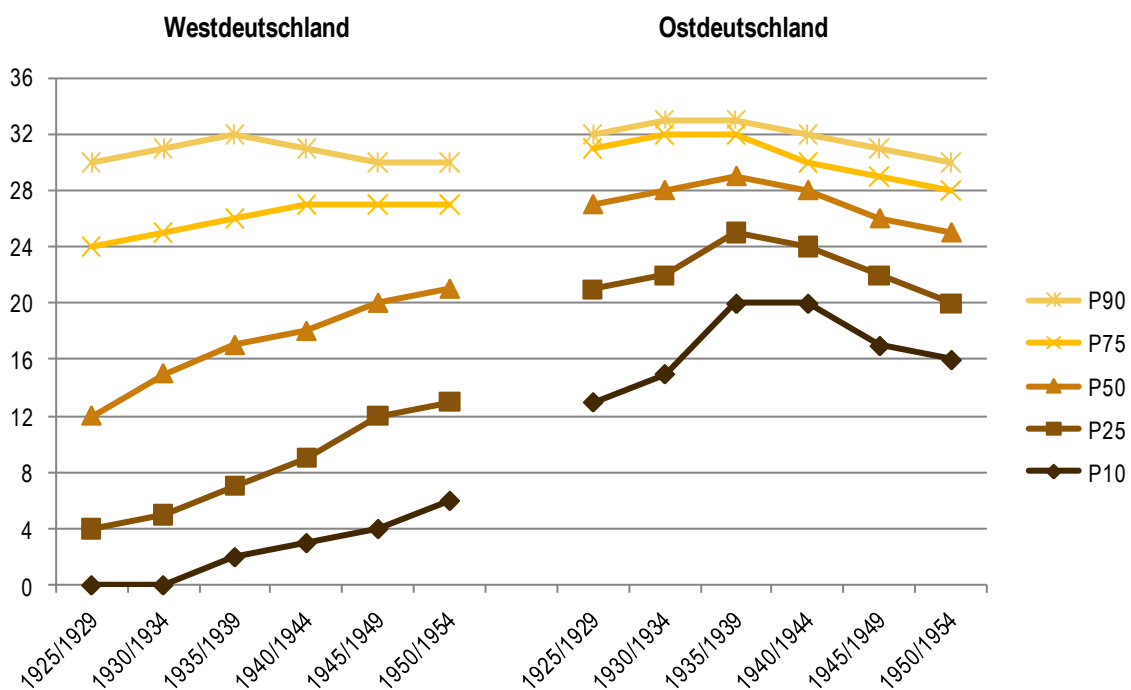
Die Analyse von Erwerbsverläufen im Paarkontext zeigt, dass das traditionelle Ernährermodell in Westdeutschland zwar zunehmend an Bedeutung verloren hat, ein Wechsel zum Doppelverdienermodell jedoch nur eingeschränkt vollzogen wurde. Der Anteil an Zeiten in denen beide Partner erwerbstätig waren hat demnach zwar deutlich zugenommen, allerdings bedeutet dies nur selten, dass beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren. Vielmehr hat das modernisierte Ernährermodell, d. h. die Kombination aus Vollzeit und Teilzeitbeschäftigung, in Westdeutschland zunehmende Verbreitung gefunden (vgl. Klammer, Klenner 2004).

Insbesondere für Westdeutschland zeigt sich, dass bis zu den 1950 bis 1954 Geborenen das traditionelle Ernährermodell vor allem in der frühen Erwerbsphase noch weite Verbreitung fand. Darüber hinaus ist bei den jüngeren Kohorten schon vor dem 50. Lebensjahr ein zunehmender Anteil an Paaren zu beobachten, bei denen ein Partner arbeitslos oder bereits im Ruhestand ist. Für Ostdeutschland zeigt sich im Paarkontext für die vergangenen Jahre eine deutlich höhere Erwerbsbeteiligung beider Partner. Ostdeutsche Paar-Erwerbsverläufe zeichnen sich demnach durch den hohen Anteil an Zeiten, in denen beide Partner Vollzeit erwerbstätig waren, aus. In den jüngeren Kohorten sind demgegenüber die Auswirkungen der verschlechterten Arbeitsmarktsituation zu beobachten: Fast 40 Prozent aller 1950 bis 1954 geborenen ostdeutschen Paare sind demnach zumindest zeitweise von Arbeitslosigkeit betroffen.

Darstellung 1 enthält die Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner (Voll- und Teilzeit) erwerbstätig sind, für West und Ostdeutschland in verschiedenen Geburtskohorten (Perzentile). Dabei zeigt sich, dass in Westdeutschland im Median ein Anstieg der Zeiten mit Erwerbstätigkeit beider Partner von 12 auf 21 Jahre zu beobachten ist (auch wenn dies in erster Linie auf zunehmende Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen ist). Auffällig ist jedoch die in Westdeutschland nach wie vor breite Spreizung: Während bei den oberen 10 Prozent in mindestens 30 Jahren beide Partner erwerbstätig waren, waren es bei den unteren 10 Prozent höchstens 6 Jahren. Betrachtet man dagegen die ostdeutschen Paare, so ist festzustellen, dass die Verteilung deutlich homogener ist. Insgesamt liegt die Erwerbsbeteiligung beider Partner in allen betrachteten Kohorten deutlich höher als im Westen. Auffällig ist allerdings, dass der Anteil an Zeiten in denen beide Partner erwerbstätig sind in den jüngeren Kohorten deutlich sinkt, bei der jüngsten hier betrachteten Kohorte auf nur noch 25 Jahre.

Hinsichtlich der Alterssicherung ist auf Basis dieser Entwicklungen anzunehmen, dass viele westdeutsche Paare auf Haushaltsebene zumindest für die kommenden Rentnerjahrgänge (von den Anpassungen des Rentenwertes abgesehen) zumindest nominal sogar leicht höhere Anwartschaften haben werden. Dabei darf allerdings nicht vernachlässigt werden, dass die Rentenansprüche westdeutscher Frauen aufgrund der häufigen Teilzeiterwerbstätigkeit oft sehr niedrig ausfallen werden. Mit Blick auf Ostdeutschland kann auf Basis dieser beobachteten Verläufe davon ausgegangen werden, dass künftige Rentnerhaushalte deutlich niedrigere Ansprüche haben werden. Dass sich die Auswirkungen der schlechten Arbeitsmarktlage seit der Wiedervereinigung bisher noch nicht in vollem Ausmaß in den Zahlbeträgen ostdeutscher Renten niedergeschlagen haben, liegt ausschließlich an den stabilen Erwerbsbiographien dieser Kohorten in den Zeiten vor der Wiedervereinigung. Zukünftige ostdeutsche Rentnerhaushalte werden dagegen deutlich schlechter abgesichert sein.

Darstellung 1: Verteilung der Zahl der Jahre, in denen beide Partner erwerbstätig sind (Voll- und Teilzeitbeschäftigung; Perzentile)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP26) N>=110.

Renten- und Pensionseinkünfte im Kontext von Paarhaushalten und Erwerbsverlauf

Insgesamt zeigen die Auswertungen, dass Paar-Haushalte in beiden Teilen Deutschlands aktuell Renten- und Pensionseinkünfte im Durchschnitt auf ähnlich hohem Niveau beziehen. Unterschiede bestehen insbesondere in der Zusammensetzung dieser Alterseinkünfte. Neben der durchschnittlichen Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte ist jedoch besonders die Schichtung der Einkünfte von besonderer Bedeutung. Demnach sind die Renten- und Pensionsinkünfte der älteren Paarhaushalte in Westdeutschland deutlich heterogener verteilt als in Ostdeutschland. Insbesondere die unteren 10 Prozent aller Haushalte beziehen im Westen mit 1.130 Euro und weniger deutlich niedrigere Einkünfte als im

Osten mit 1.450 Euro. Die oberen 10 Prozent beziehen demgegenüber im Westen rund 3.600 Euro und mehr, im Osten dagegen „nur“ 2.795 Euro und mehr.

Diese Unterschiede ergeben sich vor allem daraus, dass ostdeutsche Paare sehr ähnliche Erwerbsbiographien mit geringen Lohnunterschieden aufweisen. Im Westen sind dagegen im Paarkontext sehr heterogene Erwerbsbiographien mit unterschiedlich hoher Erwerbsbeteiligung der Partner zu beobachten.

Nach Daten des SOEP beziehen westdeutsche Paarhaushalte durchschnittlich gemeinsame Renten- und Pensionseinkünfte in der Höhe von 2.150 Euro. Im Osten liegt das Niveau der Renten- und Pensionseinkünfte mit 1.996 Euro deutlich niedriger. Berücksichtigt man nur Haushalte ohne Bezug von Beamtenpensionen, so beträgt die durchschnittliche aus der gesetzlichen Rentenversicherung bezogene Rente in westdeutschen Haushalten 1.648 Euro. Des Weiteren ist allerdings zu beachten, dass sonstige Alterseinkünfte im Osten viel weniger verbreitet sind. Berücksichtigt man auch weitere Einkünfte, beispielsweise aus der betrieblichen Altersvorsorge, so liegen die Alterseinkünfte bei westdeutschen Haushalten (ohne Beamte) mit 1.996 Euro auf dem Niveau von Ostdeutschland. In Ostdeutschland basieren diese Einkünfte demnach fast ausschließlich auf Einkünften aus der Gesetzlichen Rentenversicherung.

Auswertungen zu den Renten- und Pensionseinkünften von alleinstehenden Älteren zeigen darüber hinaus, dass (vor allem westdeutsche) Frauen bisher in hohem Maße von den Renten- und Pensionsansprüchen der Partner abhängig sind. Dies trifft sowohl in Paarhaushalten zu, als auch für alleinstehende Frauen, deren Alterseinkünfte zu großen Teilen Witwenrenten sind. Fallen die Ansprüche des Partners aufgrund des beschriebenen Wandels zukünftig niedriger aus, so bedeutet dies, dass alleinstehende Frauen zukünftig in höherem Maße auf eigene Rentenansprüche angewiesen sind.

In Anbetracht der zukünftig wieder zunehmenden Zahl an Singles und unverheirateten Paaren ist davon auszugehen, dass diese Entwicklungen zunehmend zum Problem werden könnten. Scheidung und Trennung kann so aufgrund fehlender oder unzureichender eigener Renten- bzw. Pensionsansprüche zur Armutsfalle werden (vgl. Andreß 2004). Eine Ausnahme bilden hingegen ledige Frauen, die meist eigene Renten- und Pensionseinkünfte beziehen.

Renten-/Pensionseinkünfte und Erwerbsbiographie

Für die aktuellen Rentnerinnen und Rentner lässt sich belegen, dass Lücken in der Erwerbsbiographie zu erheblichen Einbußen bei den Alterseinkünften führen. Ein deutlicher Zusammenhang ergibt sich demnach vor allem zwischen Arbeitslosigkeit und Rentenzahlbetrag. Westdeutsche Männer ohne Arbeitslosigkeitserfahrung beziehen demnach durchschnittlich mehr als 500 Euro höhere Renten als westdeutsche Männer mit drei und mehr Jahren Arbeitslosigkeit in der Erwerbsbiographie. Negativ auf die Renten- und Pensionsansprüche wirken sich daneben auch Zeiten der Nichterwerbstätigkeit aus, wohingegen gerade langjährig Vollzeitbeschäftigte und Personen mit langen Ausbildungszeiten (bzw. höherem Qualifikationsabschluss) überdurchschnittliche Alterseinkünfte erzielen.

Auf Haushaltsebene zeigt sich für die aktuellen Rentnerinnen und Rentner jedoch, dass kein direkter Zusammenhang zwischen der Erwerbsbeteiligung der Partner und der Höhe der Renten- und Pensionseinkünfte festgestellt werden kann. Vielmehr sind hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung kaum Unterschiede in den Alterseinkünften der Paare zu beobachten. Zusammenhänge ergeben sich erst, wenn

die Einkünfte getrennt für beide Partner analysiert werden. Dabei erweist sich, dass Frauen der betreffenden Geburtskohorten umso häufiger erwerbstätig waren, je niedriger die Rentenansprüche der Männer (respektive das Einkommen während des Erwerbslebens).

Insgesamt resultiert daraus ein signifikant negativer Zusammenhang zwischen den Renten- und Pensionseinkünften der Männer in Paarhaushalten und der Zahl an Jahren, in denen beide Partner erwerbstätig waren; wohingegen die Erwerbsbeteiligung im Paarkontext erwartungsgemäß positiv mit den Renten- und Pensionseinkünften von Frauen in Paarhaushalten korreliert. Dieser Zusammenhang ist bei insgesamt steigender Erwerbsbeteiligung der Frauen für verschiedene Geburtskohorten in ungefähr gleicher Höhe zu beobachten. Es ist also anzunehmen, dass Frauen um so eher und umfangreicher erwerbstätig sind, je ungünstiger die Erwerbssituation des Mannes ist. Zumindest bei den aktuellen Paaren im Ruhestand haben die Frauen ihre Erwerbsbeteiligung auch davon abhängig gemacht, wie hoch die Einkünfte des Mannes waren. Diese Aussage ist selbstverständlich nicht auf jüngere Kohorten zu verallgemeinern. Die Analysen legen jedoch nahe, dass vor allem in Westdeutschland für ältere Geburtskohorten ökonomische Gründe die Entscheidung über die Erwerbsbeteiligung mitbestimmen haben, wenngleich anzunehmen ist, dass dies für kommende Rentnergenerationen immer weniger der Fall sein wird.

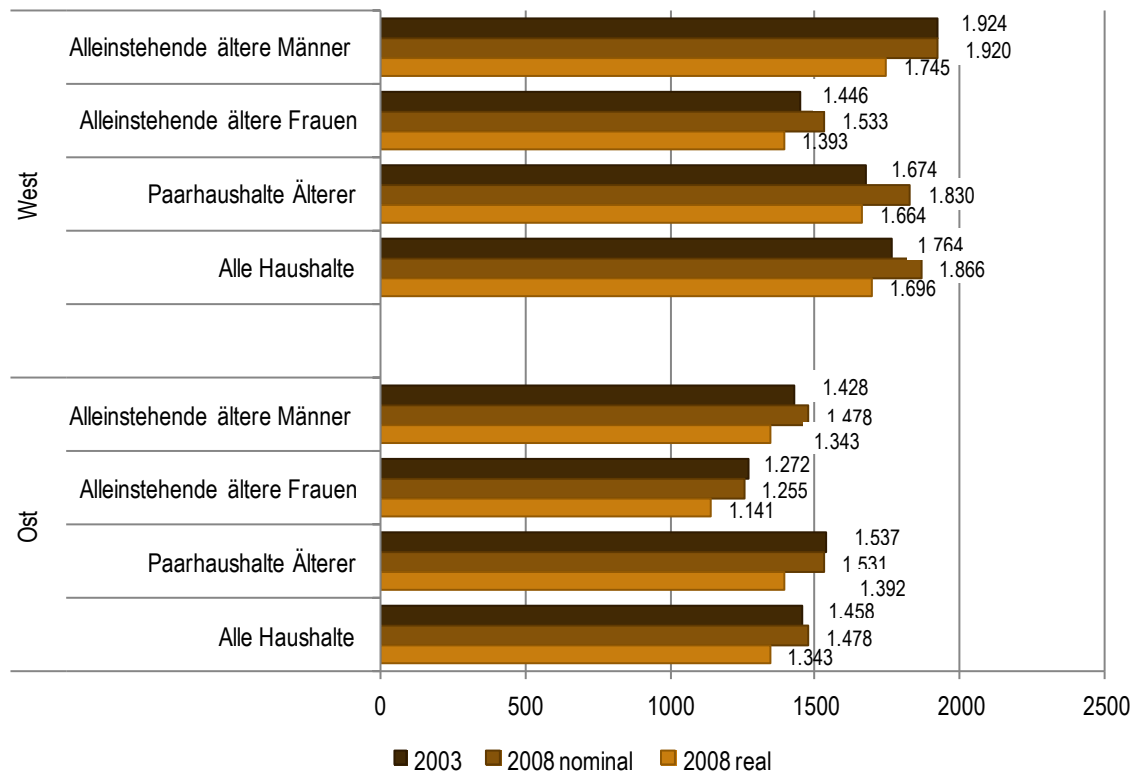
Die materielle Lage am aktuellen Rand

Betrachtet man das Nettoäquivalenzeinkommen der Haushalte, so zeigt sich in Westdeutschland für alleinstehende Männer das höchste Einkommen. Dieses liegt nominal ungefähr auf dem Niveau des Jahres 2003, bei durchschnittlich 1.920 Euro. Das Nettoäquivalenzeinkommen alleinstehender Frauen liegt mit 1.533 Euro deutlich niedriger, nominal jedoch höher als im Jahr 2003 (1.446 Euro). Westdeutsche Paarhaushalte in denen beide Partner über 65 Jahre alt sind hatten 2008 ein durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen von 1.830 Euro und damit deutlich mehr als im Jahr 2003 (1.674 Euro). Damit hat sich das Einkommen der Paarhaushalte stärker an den Durchschnitt aller westdeutschen Haushalte von 2008 (1.866 Euro) angenähert.

Im Osten zeigt sich ein deutlich niedrigeres gesamtes Einkommen im Alter. Alleinstehende Männer hatten 2008 ein Einkommen von 1.478 Euro (2003: 1.428 Euro), alleinstehende Frauen sogar nur 1.255 Euro (2003: 1.272 Euro). Für ostdeutsche Paarhaushalte ist ebenfalls ein deutlich niedriger Wert von nur 1.531 Euro zu beobachten (2003: 1.537 Euro). Entgegen der westdeutschen Werte sind die Einkommen in Ostdeutschland dabei zwischen 2003 und 2008 nicht gestiegen. Die Einkünfte von älteren Paarhaushalten liegen demnach – im Gegensatz zum Westen – über dem Durchschnitt aller ostdeutschen Haushalte (2008: 1.478 Euro).

Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Zahlen nicht inflationsbereinigt sind. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes hat der Verbraucherpreisindex zwischen 2003 und 2008 um 10 Prozent zugenommen, wonach entsprechend auch die Alterseinkünfte um 10 Prozent zugenommen haben müssten um der gleichen Kaufkraft zu entsprechen. Berücksichtigt man diese Preissteigerung so zeigt sich jedoch, dass die realen Alterseinkünfte mit Ausnahme der älteren Paarhaushalte in Westdeutschland teils deutlich gesunken sind (wie auch die Durchschnittseinkommen aller Haushalte).

Darstellung K2: Nettoäquivalenzeinkommen nach Daten der EVS 2003 und 2008 (ohne kalkulatorische Mieten)



Quelle: INIFES, eigene Darstellung und Berechnung nach Daten der EVS 2003 und EVS 2008

Insgesamt zeigt sich somit, dass die Alterseinkünfte zwischen 2003 und 2008 im Westen nominal leicht zugenommen haben. Berücksichtigt man die Inflationsrate, zeigen sich hingegen insbesondere im Osten deutlich niedrigere Alterseinkünfte. Schlecht abgesichert sind nach wie vor insbesondere alleinstehende Frauen, wohingegen Paarhaushalte und alleinstehende Männer zu großen Teilen vergleichsweise gut abgesichert sind. Auffällig ist die starke Differenzierung der Alterseinkünfte in Westdeutschland. Speziell bei westdeutschen Männern, aber auch bei Paarhaushalten gibt es eine starke Spreizung in der Höhe der Alterseinkünfte. Im Vergleich mit der EVS von 2003 ist dabei insgesamt eine zunehmende Ungleichheit der Alterseinkünfte zu beobachten. Letztendlich wird darin auch die zunehmende Spreizung der Erwerbseinkünfte widerspiegelt (vgl. Grabka, Frick 2008).

„Gute Erwerbsbiographien“**Der Wandel der Arbeitswelt als gruppenspezifischer Risikofaktor für Arbeitsfähigkeit und Unterversorgung bei der gesetzlichen Rente**

Projektnummer: S-2009-236-3 B

Forschungsschwerpunkt: Erwerbsarbeit im Wandel

Das Projekt untersucht die Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und Erwerbsbiographien und deren Auswirkungen auf die Absicherung durch die GRV. Dabei geht es auch um die Frage, inwieweit und für wen die Voraussetzungen einer höheren Beschäftigungsquote/Rente mit 67 (nicht) gegeben sind und welche Gruppen dadurch einem erhöhten Risiko (bis hin zur Altersarmut) ausgesetzt sind.

Durch den Wandel der Erwerbsarbeit werden Beschäftigte zunehmend mit wachsender Unsicherheit konfrontiert. Arbeitslosigkeitsphasen und prekäre Beschäftigungsformen perforieren Erwerbsbiographien. Hinzu kommen Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen, die es vielen ArbeitnehmerInnen verunmöglichen, gesund bis zur Rente zu arbeiten.

Über die Kumulation der Risiken liegen zu wenige Informationen vor. Geringe Einkommen, unstetige Erwerbsbiographien, höhere Arbeitslosigkeit bzw. prekäre Beschäftigung, geringere Chancen des Tätigkeitswechsels, höhere und wenig altersgerechte Arbeitsbelastungen korrelieren nicht nur, sondern kumulieren in ihrem Effekt – und das nicht nur mit Blick auf die Möglichkeiten länger arbeiten zu können, sondern ganz konkret auch bei den Rentenansprüchen bzw. entstehenden Zahlbeträgen der gesetzlichen Rente. Die Gefahr einer Altersarmut steigt und ist hochgradig gruppenspezifisch. Die Rente mit 67 könnte diese Probleme verschärfen.

Bisher veröffentlichte Arbeitspapiere:

1. Trischler, F.; Kistler, E. (2010): Arbeitspapier 1: Erwerbsverläufe im Wandel. Stadtbergen. Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-1.pdf
2. Trischler, F.; Kistler, E. (2010): Arbeitspapier 2: Arbeitsbedingungen und Erwerbsverlauf. Stadtbergen. Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-3.pdf
3. Holler, M.; Trischler, F. (2010): Arbeitspapier 3: Einflussfaktoren auf die Arbeitsfähigkeit. Stadtbergen. Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-4.pdf
4. Trischler, F.; Kistler, E. (2011): Arbeitspapier 4: Wandel im Erwerbsverlauf und Rentenanspruch. Stadtbergen. Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-5.pdf
5. Trischler, F.; Kistler, E. (2011): Arbeitspapier 5: Erwerbsverläufe und Alterseinkünfte im Paar- und Haushaltskontext. Stadtbergen. Download: www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-236-3-6.pdf

Kontakt:

Claudia Bogedan
Hans-Böckler-Stiftung
Abt. Forschungsförderung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf
E-Mail: claudia-bogedan@boeckler.de

Prof. Dr. Ernst Kistler
INIFES Internationales Institut für Empirische
Sozialökonomie gGmbH
Haldenweg 23
86391 Stadtbergen
E-Mail: info@inifes.de